

Dok 5 – Das Feature

Kontrollverlust. RWE und die Braunkohle im Rheinischen Revier

Musik.

O-Ton Guido Steffen, Pressesprecher RWE Power AG:

Der Tagebau Hambach ist mit einer Öffnung von 35 Quadratkilometern unser größter der drei Tagebaue. Und gleichzeitig der tiefste. Er hat eine Tiefe von zur Zeit knapp 400 Metern, unter Geländekante.

Sprecherin:

Guido Steffen, Pressesprecher der RWE Power AG.

O-Ton Guido Steffen, Pressesprecher RWE Power AG:

Man sieht auf der rechten Seite die Strukturen, die der Bagger mit den Zähnen seines Schaufelrades hinterlassen hat. Das ist so abgestuft. Das kann an den Grand Canyon erinnern.

Ansage:

Kontrollverlust. RWE und die Braunkohle im Rheinischen Revier. Ein Feature von Karin de Miguel Wessendorf und Matthias Holland-Letz.

O-Ton Maya:

Wir sind jetzt im letzten Teilstück vom Hambacher Forst. Da ist ja leider nicht mehr so viel übrig, und jetzt gerade sind wir in der Rodungssaison, deswegen roden sie jeden Tag und dieser Wald in dem wir uns jetzt aufhalten der ist leider auch nicht ganz so alt. Das Herzstück vom Hambacher Forst ist schon seit ein paar Jahren abgeholzt leider.

Sprecherin:

Der Wald zwischen dem Rhein-Erft-Kreis und Düren, westlich von Köln, hat eine 12.000 Jahre alte Geschichte. Für den Fortgang des Tagebaus Hambach soll er vollständig gerodet werden. Von ursprünglich 5.500 Hektar sind schon jetzt nur noch knapp 800 übrig.

O-Ton Karl-Heinz Horstmannshoff, Baggerführer:

Hoch ist er 96 Meter, 210 Meter oder 220 Meter lang. Und wiegt ungefähr 13.000 Tonnen. Schaufelrad 21 Meter Durchmesser. Und 18 Schaufeln hat der Bagger jeweils hier. Wobei jeweils sechseinhalb Kubikmeter reingehen.

Sprecherin:

Seit mehr als 24 Jahren arbeitet Karl-Heinz Horstmannshoff für RWE. Die Frühschicht beginnt um halb sechs. Per Joy-Stick lenkt er den riesigen Schaufelrad-Bagger, vor sich vier Monitore.

O-Ton Karl-Heinz Horstmannshoff:

„Horstmannshoff, zwei-sieben-achzisch. Jo. Jaaaah. Ja, kannste machen.“

Is schon ein erhebendes Gefühl, wenn man so'n riesigen Metallklotz vor sich sieht. Und wie er sich bewegt. Und was man damit alles anstellen kann. Also ich find's toll.

O-Ton Maya:

Ich finde es eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit, dass Menschen sowas machen können, was auch noch gesetzlich abgeriegelt ist, was gesetzlich ok ist, sozusagen.

Sprecherin:

Maya ist 23 Jahre alt. Vor dreieinhalb Jahren ist sie aus Norddeutschland in den Hambacher Forst gezogen.

2/34

O-Ton Maya:

Und damit einfach nachhaltig sowohl den Planeten zerstören als auch Existenzen von Menschen und Tieren, als auch ein großes Ökosystem. Wir sind im Prinzip auch hier, um direkt zu verhindern, dass Bäume gefällt werden, weil es einfach nicht so weiter gehen darf.

O-Ton Karl-Heinz Horstmannshoff:

Also auf's Klima sollte man schon achten, also erneuerbare Energien sind schön und gut. Aber ich sach mal, irgendwann bläst ja auch mal kein Wind und wir haben auch keine Sonne. Dann müssen wir halt mit der Kohle verstromen.

Zitator:

„Krisen stellen in jedem Fall eine Bedrohung für die öffentliche Wahrnehmung des durch den Lobbyisten vertretenen Unternehmens(...)dar(...). Der Lobbyist sollte über die Krise reden, bevor es andere tun(...). Gleichzeitig muss auf Kritik von außen mit Verständnis reagiert werden.“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“, einem Klassiker von 2003.

Sprecherin:

Der Hambacher Forst ist Eigentum von RWE. Seit 2012 besetzt eine Gruppe von rund 30 Aktivisten hier einige Bäume und eine benachbarte Wiese. Zwischen den Bäumen hängen Plattformen, die das Durchfahren mit Fahrzeugen erschweren. Die Waldwege sind mit Barrikaden gesperrt:

O-Ton Maya:

Zum einen, damit RWE hier nicht so einfach patrouillieren kann, um ihnen sozusagen auch zu zeigen, der Wald gehört nicht euch. Zum anderen eben auch weil diese Barrikaden ganz klar signalisieren, hier ist was los, hier geht was vor sich, das hier ist ein ziemlich schöner Wald, aber trotzdem stimmt irgendwas nicht.

3/34

Sprecherin:

Maya, so nennt sie sich, ist von Anfang an mit dabei. Um ihr Baumhaus in 25 Metern Höhe zu erreichen, muss sie an einem Seil hochklettern. Auch im Winter lebt sie hier ohne Fließendwasser, Strom und Heizung. In einer benachbarten Eiche wohnt Clumsy, ein gebürtiger Österreicher. Sein Baumhaus ist mit Tisch und Stühlen, einem Bett, Regalen, einem Holzofen und einem Balkon ausgestattet.

O-Ton Clumsy:

Diese Rodungskante kommt ja von da drüben immer näher hierher und ich schätze mal, dass sie in 2 Jahren hier sind. Und dann werde ich auf jeden Fall geräumt. Ich kann es schwer verhindern. Aber ich kann es ihnen schwer machen. Ich kann mich hier auf jeden Fall sehr gut festketten.

Sprecherin:

Regelmäßig rückt die Polizei mit Hebebühnen und Kletterausrüstung an. Und wenn die Baumhäuser geräumt werden, bauen die Besetzer neue. Mit Ankettungsaktionen und Blockaden von Förderbändern, Baggern und Schienen versuchen die Aktivisten, den Betrieb des Tagebaus zu stören.

O-Ton Maya:

Es gab auch schon vor 30 Jahren Leute, die es auf dem demokratischen Weg versucht haben irgendwie mit RWE zu verhandeln, irgendwas noch raus zu reißen, den Tagebau irgendwie noch aufzuhalten, aber es funktioniert halt eben nicht. Und deswegen ist es einfach nur eine logische Konsequenz, dass Menschen, die damit nicht einverstanden sind, irgendwann einfach zu anderen Mitteln greifen.

O-Ton Dirk Jansen:

Mit dem Tagebau verschwinden nicht nur wichtige Lebensräume und Lebensraumtypen, die auch geschützt sind vom Gesetz, eigentlich, sondern auch viele

4/34

Pflanzen und Tierarten, wie der Mittelspecht, wie die Bechsteinfledermaus und zehn andere Fledermausarten, wie die Haselmaus. Also das ist quasi unsere Serengeti, die wir da für den Tagebau vernichten.

Sprecherin:

Dirk Jansen, Geschäftsleiter für Umwelt- und Naturschutzpolitik im BUND, beschäftigt sich seit 30 Jahren mit den Umweltauswirkungen der Tagebaue im Rheinland.

O-Ton Dirk Jansen:

Eigentlich ist jegliche erhebliche Beeinträchtigung eines solchen Lebensraums verboten, nur die Landesregierung hat es versäumt, natürlich absichtlich, diese entsprechende Gebietsmeldung auch nach Brüssel zu machen.

Sprecherin:

In seiner Zusammensetzung als Stieleichen-Hainbuchen-Maiglöckchen-Wald mit 142 geschützten Tierarten gilt der Hambacher Forst als einzigartig in Europa. Nach dem europäischen Recht hätte er als Fauna-Flora-Habitat ausgewiesen werden müssen.

O-Ton Dirk Jansen:

Insofern hat man da eine eindeutige Entscheidung getroffen für die Braunkohle und gegen den Erhalt der Natur.

O-Ton Antje Grothus:

Ich erlebe, dass die Bagger auf uns zubaggern. Und wenn der Bagger hier vor der Haustür steht oder jetzt auch schon im Vorfeld, haben wir Belastung mit Feinstaub, mit Grobstaub, mit Lärm, Radioaktivität aus dem Tagebau, wenn der Wald weg sein wird, dann haben wir auch noch Lichtmissionen hier vor Ort, wir haben Erschütterungen durch die großen Geräte, das sind alles keine schönen Aussichten.

Sprecherin:

5/34

Antje Grothus, 52 Jahre alt, ist Ernährungswissenschaftlerin. Sie lebt in Buir, dem westlichsten Stadtteil von Kerpen, im Rhein-Erft-Kreis. Knapp dreieinhalb Kilometer vom Tagebau Hambach entfernt. In den nächsten Jahrzehnten wird der Tagebau bis an die Ortsgrenze heranrücken.

Die ersten Auswirkungen sind in Buir jetzt schon zu spüren. Die sechsspurige Autobahn A4, die einst durch den Hambacher Forst führte, ist 2014 bis an den Ortsrand verlegt worden, direkt neben die bestehenden Bahntrassen.

O-Ton Antje Grothus:

Wir sind ungefähr 800 Meter weg von der Autobahn, aber der Lärm, der schallt hier so rüber, dass es nachts teilweise sogar durch die geschlossenen Fenster dringt und man keine Ruhe finden kann.

Sprecherin:

Gemeinsam mit anderen Betroffenen gründete Antje Grothus 2006 die Bürgerinitiative „Buirer für Buir“. Sie beschlossen, gegen die Verlegung der A4 rechtlich vorzugehen.

O-Ton Antje Grothus:

Ich bin davon ausgegangen, ich war vielleicht etwas blauäugig, wir leben in einem Rechtsstaat und hier werden Interessen abgewogen und der Mensch wird auch geschützt vor solchen Übergriffen, also ich empfinde das als übergriffig, was RWE macht und ich hätte damals nicht gedacht, wie sehr diese Verfilzung zwischen RWE und der Kommunalpolitik und den Regionen ist.

Zitator:

„Aufgaben des Unternehmenslobbyisten: Mitgestaltung und Formung der politischen Willensbildung (...). Schaffung (...) eines bestmöglichen politischen Klimas (...) als Basis für die Implementierung der Business-Pläne.“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

Sprecherin:

Der Kaufmann Peter Abels war einer der Kläger gegen den "Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau und die Verlegung der Bundesautobahn A4". Wir treffen ihn auf einer Autobahnbrücke, wenige hundert Meter von seinem Wohnhaus entfernt.

O-Ton Peter Abels:

Diese Autobahn ist für mich eine Katastrophe. Heute haben wir Gärten und Schlafzimmer, die so nicht mehr nutzbar sind.

Sprecherin:

Mit der Klage wollten Abels und die Bürgerinitiative erreichen, dass die Trasse weiter von ihren Grundstücken entfernt verläuft und zusätzliche Maßnahmen zum Emissionsschutz getroffen werden. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, die Klage abzuweisen, macht Peter Abels heute noch zu schaffen.

O-Ton Peter Abels:

Weil man einen Glauben an den Rechtsstaat hatte. Und am Ende der Klage, bin ich der Meinung, dass ich meinen Glauben verloren habe. Wir haben zum Beispiel ein Gutachten gehabt, von einem Professor, der auch fürs Bundesverkehrsministerium arbeitet, während die Gegenseite ein Gutachten eines namenlosen Gutachters hatte und die Gerichte sind frei in dem, was sie da werten. Sie müssen nicht über die Qualität der Gutachten entscheiden.

Sprecherin:

Um bessere Chancen vor Gericht zu haben, forderte die Bürgerinitiative die Stadt Kerpen dazu auf, die Klagen von einzelnen Bürgern und Umweltverbänden wie dem

BUND zu unterstützen. Antje Grothus war bei der Verkündung der Entscheidung im Stadtrat als Zuschauerin vor Ort:

O-Ton Antje Grothus:

Das Ergebnis war so, dass die Stadt selber erst mal entschieden hat selber nicht zu klagen, ich kann mich da noch sehr gut dran erinnern und die Bürgermeisterin präsentierte das Ergebnis, das nicht geklagt wird und neben ihr saß ein Vertreter von RWE. Vorne in der ersten Reihe und das sind schon so Dinge, die machen einen als Bürger sehr wütend.

Sprecherin:

In Verhandlungen mit RWE hatte die Stadt Kerpen erreicht, dass das Unternehmen Flüsterasphalt, zwei Emissionsschutzwälle und das Tieferlegen der Autobahn vor Buir als freiwillige Zusatzmaßnahmen finanzierte. Bei einer Klage hätte die Stadt mit einem Wegfall der freiwilligen Maßnahmen von RWE rechnen müssen, meint Marlies Sieburg, ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Kerpen:

O-Ton Marlies Sieburg:

Die haben ganz klar gesagt, wir machen das nur in der Freiwilligkeit, weil wir sind gesetzlich nicht dazu verpflichtet, wir machen's nur wenn dann die Stadt auch nicht klagt. Das war aber klar, das ist eine Verhandlung, in der Verhandlung gibt's ein Geben und Nehmen. Aber teilweise hat man auch in der Verhandlung auf einem sehr hohen Ross gesessen.

Sprecherin:

Antje Grothus und ihre Mitstreiter haben eine Beschwerde wegen Befangenheit einiger Ratsmitglieder eingereicht.

O-Ton Antje Grothus:

RWE geht sozusagen in den Rathäusern in der Region, wenn ich das mal so salopp formulieren darf, ein und aus. Also die sind da eine enorme Lobby. Und wenn man sieht, wer dort alles mit abgestimmt hat, dann kann man sehen, das sind teilweise Menschen, deren Familienmitglieder arbeiten bei RWE, die arbeiten selber bei RWE.

Sprecherin:

Die Beschwerde wurde abgewiesen, weil die Stimmen der Ratsmitglieder, denen Befangenheit vorgeworfen wurde, nicht entscheidend für das Ergebnis der Abstimmung waren. Ex-Bürgermeisterin Marlies Sieburg sieht es heute kritischer:

O-Ton Marlies Sieburg:

Ich glaube, dass der Einfluss von RWE in der Politik weniger geworden ist, aber er ist durchaus noch vorhanden, vor allen Dingen über die Mitarbeiter, die in den Räten sitzen und einfach die Interessen des Unternehmens vertreten. Das haben wir gesehen, dass doch die Mitarbeiter in einem sehr engen Korsett stecken und die Verhandlungen, die sind echt übel manchmal.

Sprecherin:

RWE Aktiengesellschaft. Sitz in Essen. Zweitgrößter Energiekonzern Deutschlands, europaweit tätig. 60.000 Beschäftigte. Betreibt auch Atomkraftwerke. Ein Konzern, dessen Wert in den vergangenen Jahren drastisch gesunken ist. 2011 erreichte die RWE-Stammaktie noch einen Höchstwert von 55 Euro, im Herbst 2016 kostet die Aktie nur noch 13 Euro. Die Energiewende samt Atomausstieg macht dem Konzern schwer zu schaffen.

Zitatorin:

„Sind wir Deutschen eigentlich verrückt geworden? Gibt es kein leichteres Projekt? Wir wollen das erste Land sein, das komplett auf neue Energien setzt.“

Sprecherin:

So hieß es ab 2014 in einem Fernseh-Werbespot von RWE. Der Konzern tut viel, um sich als verantwortungsvolles, umweltbewusstes Unternehmen zu präsentieren. Im Geschäftsbericht von 2015 heißt es beispielsweise:

Zitator:

„Als Europas größter Einzelemittent von Kohlendioxid sind wir besonders gefordert, zumal mit hohen Emissionen auch hohe wirtschaftliche Risiken verbunden sind.“

Sprecherin:

CO₂-Emissionen senken – dieses Ziel will der Konzern erreichen, indem er nach und nach ältere, emissionsintensive Kohlekraftwerke vom Netz nimmt. Sie sollen durch Gas-Kraftwerke und Erneuerbare Energien ersetzt werden. Zudem zähle man bereits zu den fünf führenden Offshore-Windparkbetreibern Europas, erklärt RWE.

Zitator:

„Werden umweltfreundliche und sozialverantwortliche Aktivitäten in den Mittelpunkt der PR (...) eines Unternehmens gestellt, entsteht ein positives Image (...) Positives Image erleichtert die Krise.“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

Zitator:

„RWE wandelt sich: Energie wird innogy.“

Sprecherin:

Projekt Restart, also Neustart. So nennt RWE seine Kampagne, um das neue Tochterunternehmen innogy europaweit bekannt zu machen. innogy ist im RWE-Konzern zuständig für das Geschäft mit den erneuerbaren Energien. Doch parallel kämpft der Konzern darum, seine Braunkohle-Kraftwerke und Tagebaue bis 2040 und länger betreiben zu können.

Im März 2015 gibt das Bundeswirtschaftsministerium bekannt: Die Kraftwerksbetreiber sollen künftig einen Klimabeitrag leisten, um bis 2020 zusätzlich 22 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid einzusparen. Klimabeitrag heißt: Die Betreiber müssen zahlen, wenn die Kraftwerke älter als 20 Jahre sind und über eine bestimmte Menge hinaus Abgase emittieren. Die Energiekonzerne protestieren gegen diese Klimaabgabe. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, kurz IG BCE, angeführt von ihrem Vorsitzenden Michael Vassiliadis, organisiert eine Großdemonstration in Berlin.

Zitator:

25. April 2015.

O-Ton Tagesschau vom 25.4.2015:

Mit Trillerpfeifen gegen Bundeswirtschaftsminister Gabriel und die geplante Abgabe auf alte Kraftwerke. Symbolisch tragen 15.000 Kumpel die Braunkohle zu grabe. Viele fürchten um ihre Jobs.

Zitator:

„Die Mitarbeiter des Unternehmens in ihrer Gesamtheit (...) stellen eine gewichtige Stimme in der Außendarstellung der Firma dar (...) Sie sind glaubwürdige Botschafter und Multiplikatoren von unternehmensbezogenen Lobbyzielen (...).“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

Sprecherin:

Wenige Wochen später ist die Klimaabgabe vom Tisch. Die Bundesregierung verkündet den sogenannten Braunkohle-Kompromiss. Die Energiekonzerne nehmen acht Kraftwerksblöcke vom Netz. Die Blöcke werden aber nicht stillgelegt, sondern in Reserve gehalten. Gleichzeitig haben die Energiekonzerne in Berlin durchgesetzt, dass sie als Ausgleich 1,6 Milliarden Euro bekommen. Der Kampf gegen die Klimaabgabe, für die milliardenschwere Sicherheitsreserve – das ist ein Beispiel für erfolgreiche Lobbyarbeit, sagt Wibke Brems, Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag.

O-Ton Wibke Brems, MdL Bündnis 90 / Die Grünen:

Also die IG BCE hat sicher eine große Rolle gespielt, als es darum ging, gegenüber Gabriel, der Bundesregierung Druck aufzubauen, diese Klimaabgabe eben nicht zu machen. Was wir alle nach draußen gesehen haben, waren große Demonstrationen, was sie ja wirklich in breitem Maße hinbekommen haben. Das ist aber sicherlich nicht das einzige gewesen. Denn hinter den Kulissen gab es sicher auch viele Gespräche und den Versuch, auch da Einfluss zu üben. Ich glaube, auf Bundesebene wird Herr Vassiliadis da schon eine entscheidende Rolle spielen. An unterschiedlichen andern Stellen ist es ja so, dass es direkte Verbindungen gibt. Viele Politiker, die selber Mitglied in der IG BCE sind, die dann sicher auch auf anderen Kanälen sicherlich indirekter angesprochen werden.

Zitator:

Norbert Römer. Andreas Becker. Marc Herter. Dieter Hilser. Michael R. Hübner. Doris Barnett. Petra Ernstberger. Michael Gerdes. Michael Groß. Sigmar Gabriel. Michelle Müntefering. Mahmut Özdemir. Axel Schäfer. Frank Schwabe. Ulrich Freese. Ulrich Hampel...

Sprecherin:

Dem Landtag von Nordrhein-Westfalen gehören zahlreiche SPD-Abgeordnete an, die Mitglied in der IG BCE sind. Auch im Bundestag sind sie zahlreich vertreten:

12/34

O-Ton Wibke Brems, MdL Bündnis 90 / Die Grünen:

In dem Bereich und auch bei vielen älteren Industrien, möchte ich jetzt mal sagen, gibt es jahrzehntelange Traditionen. Da haben die Gewerkschaften ja auch sehr, sehr viel erreicht. Und das ist einfach was, wo sie auch eine starke Verbindung bis hin in die Politik hinein haben. Das haben wir in anderen Branchen nicht so. In der erneuerbaren Branche beispielsweise, sie ist sehr jung, die ist nicht so vertreten. Wir haben allein in Deutschland beobachtet, dass in den Jahren 2013 und 2014 50.000 Arbeitsplätze in der Solarbranche verloren gegangen sind. Da haben wir keine Demonstrationen gesehen. Das ist eine große Diskrepanz, die wir da sehen.

Sprecherin:

Der Braunkohle-Kompromiss hat zur Folge, dass RWE fünf Kraftwerksblöcke vom Netz nehmen muss. Betroffen sind die Standorte Frimmersdorf, Neurath und Niederaußem – alle in NRW.

O-Ton Guido Steffen, RWE Power:

Das bedeutet, dass wir unsere Stromerzeugung um 15 Prozent reduzieren werden. Das ist die Kapazität dieser Kraftwerke. Und dass wir circa 800 bis 1000 Leute dann abbauen müssen. Also es zieht weiteren Stellenabbau nach sich.

Sprecherin:

Auch Baggerführer Karl-Heinz Horstmannshoff fürchtet um seinen Job:

O-Ton Karl-Heinz Horstmannshoff:

Ja, also wenn man dann hört, was die Regierung da vorhat, dann wird einem schon angst und bange, sag ich mal. Weil wir ham ja eigentlich gedacht, dass wir einen sicheren Arbeitsplatz haben. Noch sicher für Jahrzehnte - und ich sach mal, dat macht mich dann schon ein bisschen nachdenklich.

13/34

Sprecherin:

Die Grünen-Abgeordnete Wibke Brems und ihre Fraktion wollen innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre aus der rheinischen Braunkohle-Förderung aussteigen. Das sei sozialverträglich möglich für die 9.000 Beschäftigten im rheinischen Braunkohle-Revier.

O-Ton Wibke Brems, MdL Bündnis 90 / Die Grünen:

Wenn wir ganz sachlich uns die Altersstruktur der beschäftigten jetzt angucken, dann ist es wirklich so, dass in den nächsten 20 Jahren 75 Prozent der Beschäftigten sowieso in Rente gehen. Und damit ist dieses Schreckens-Szenario gar nicht da. Und für die anderen finden wir dann eben auch die entsprechenden Lösungen in der Region. Und es fallen ja auch nicht alle ganz schnell weg, sondern in einem Szenario nach und nach.

Sprecherin:

Schützenfest in Kuckum, einem Dorf, das zu Erkelenz bei Mönchengladbach gehört. Die Gäste warten im Partyzelt darauf, dass der Große Festzug beginnt. Heinz Klos hat es in diesem Jahr zum Schützenkönig geschafft.

O-Ton Heinz Klos, Schützenkönig in Kuckum:

Im harten Kampf gegen einen Mitkonkurrenten den Vogel abgeschossen (lacht).

Sprecherin:

Auch die Majestäten der Schützenvereine aus den Nachbardörfern sind gekommen. Hans Josef Dederichs ist Erster Brudermeister der gastgebenden Schützenbruderschaft St. Antonius Kuckum. Er kümmert sich um die Aufstellung des Festzugs.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Also ich würd vorschlagen, wir machen das gleich so. Venrath, der Jungkönig, der geht als erstes. Danach kommt die Bruderschaft oder das Königspaar aus Rurdorf. Dann kommt Wickrathhahn. Dann kommt ihr. Dann kommt Keyenberg. Und dann kommt Kuckum. Seid ihr damit einverstanden? Ja?

Sprecherin:

Kuckum wird es bald nicht mehr geben. Das Dorf liegt im Abbauggebiet von Garzweiler II. In spätestens zehn Jahren, so der Plan, rücken die Bagger an. Die Schützenvereine der Dörfer, die dem Tagebau weichen müssen, verlieren Mitglieder.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Es werden sich ja nicht alle an der Umsiedlung beteiligen. Viele, gerade ältere, wissen nicht, ob es sich für sie noch lohnen würde, ein neues Haus zu bauen. Die ziehen dann vielleicht eher zu ihren Kindern. Oder ins Pflegeheim. Wir sind hier 470 Einwohner. Wir rechnen damit, dass – wenn alles gut geht – wir am neuen Ort vielleicht noch 300 haben.

Sprecherin:

Die Schützenbruderschaften der Region haben deshalb begonnen, stärker als bisher zusammenzuarbeiten. Sie unterstützen sich, besuchen sich gegenseitig und stimmen Termine für Feste miteinander ab. Dennoch ist fraglich, ob alle Bruderschaften überleben werden.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

In der Phase der Umsiedlung sind wir über zehn Jahre ein zwei-geteiltes Dorf. Das an zwei Standorten existiert. Das heißt, man muss immer pendeln. Und man hat ja noch genug private Probleme. Es ist ja nicht so, dass man den Neubau seines Hauses mit links organisiert. Und viele nehmen auch noch nen Kredit auf, weil die alten Häuser bringen nicht immer das, was man braucht, um am neuen Ort wieder ein neues Haus zu bauen.

Sprecherin:

Über 11.000 Menschen aus 16 Orten mussten in den letzten 50 Jahren für den Tagebau Garzweiler umsiedeln. Kuckum und die Nachbardörfer Keyenberg, Berverath, Unter- und Oberwestrich, alles Stadtteile von Erkelenz, sind die letzten Orte im rheinischen Revier, die den Baggern zum Opfer fallen werden.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Es gibt bestimmt viele schlimme Schicksalsschläge, die man treffen kann. Tod von Verwandten oder von Angehörigen. Scheidung oder sonstwas. Aber für mich kommt die Umsiedlung direkt dahinter. Man wird gegen seinen Willen aus seiner gewohnten Umgebung herausgerissen. Verliert Nachbarschaft und Beziehungen. Das ist ne Sache, die ist schwer zu ertragen.

Zitator:

„Durch präventives Lobbying soll verhindert werden, dass bestimmte Stimmungen, Strömungen und latent zirkulierende Meinungen auf die politische Agenda gesetzt werden.“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

Sprecherin:

Auf der Kuckumer Hauptstraße hat Martina Storms ihren Hof. Ein seit Generationen Familiengeführter Landwirtschaftsbetrieb. Doch nun wird es eng.

O-Ton Martina Storms:

Man muss Maschinen, Geräte, Hallen, zwei Häuser wieder am neuen Ort unterbringen und wenn sie von 23.000 auf 3.600 minimiert werden, können Sie sich vorstellen, da ist kein Platz, die Fläche reicht nicht aus, um adäquat am Hof arbeiten zu können.

Sprecherin:

Die reine Südlage und das ebene Grundstück sind hier für den Betrieb optimal. Am neuen Standort wird das Grundstück bis zu vier Meter Höhenunterschied haben.

O-Ton Martina Storms:

Wir werden hier legal zwangsenteignet, das ist das Problem. Wenn wir hier weggehen wollten, gut, aber es wird uns weggenommen und dazu eben minimiert. Wir verlangen ja nur, dass wir die gleiche Lage, die gleiche Größe, die gleiche Qualität und vor allen Dingen die gleiche Funktionalität wieder bekommen, mehr verlangen wir gar nicht.

Sprecherin:

Martina Storms fühlt sich mit ihren Problemen von RWE und der Stadt Erkelenz nicht ernst genommen.

O-Ton Martina Storms:

Wir stellen Fragen, auf Problemstellungen gibt es keine Antworten. Man versetzt uns bei Terminen, die erscheinen überhaupt nicht, RWE. Ja, wir haben eben das Gefühl, man will uns am neuen Ort überhaupt nicht haben. Die sagen ja auch, wir sitzen sowieso am längeren Hebel, wir sitzen das aus, Sie müssen ja nicht mitgehen, wenn Sie nicht möchten. Sie können sich woanders was suchen.

Sprecherin:

RWE weist die Vorwürfe in einer schriftlichen Stellungnahme zurück:

Zitator:

Die pauschale Unterstellung, dass unsere Mitarbeiter es an Respekt gegenüber den Umsiedlern fehlen lassen, weisen wir mit Nachdruck zurück. (...) Unabhängig davon sind wir aber natürlich gehalten, die geltenden Rahmenbedingungen zu vermitteln. Dass dies mitunter als wenig entgegenkommend und flexibel wahrgenommen wird, liegt – insbesondere in einer Phase der Unsicherheit und des Kennenlernens – nahe.

Sprecherin:

Der Schützenbruder Hans Josef Dederichs war 17 Jahre lang Vorsitzender der Bürgerinitiative „Stop Rheinbraun“.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Am Anfang hat's mich sehr wütend gemacht, ich wollte unbedingt diesen Tagebau verhindern. Wir haben da auch wirklich gekämpft, wir sind von Haus zu Haus gegangen, haben versucht, Leute zu motivieren mitzumachen. Wir sind hier ne ländliche Gegend, hier ist nicht die Gegend der Revoluzzer, sondern die Leute lassen viele Sachen auf sich zukommen und vertrauen auch darauf, dass man sie vernünftig behandelt.

Sprecherin:

Heute versucht er in der IG Umsiedlung und als Ratsmitglied der Grünen in der Stadt Erkelenz die Interessen der Umsiedler zu vertreten. Viele Umsiedler fühlen sich beim Entschädigungsverfahren benachteiligt. Die Grundstücke, die sie am neuen Standort erwerben können, fallen bis zu 40% kleiner aus. Für Gemüsegärten, Obstbaumwiesen und Pferdeställe, die in Kuckum das Ortsbild prägen, gibt es keinen Platz. Hinzu kommt, dass die neuen Grundstücke einen höheren Baulandanteil haben.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Und dann zahl ich eben drauf, weil für Gartenland bekomm ich nicht viel, Bauland kostet 110 Euro, dann muss ich dann eben drauflegen.

O-Ton Peter Singer:

Die sind nie auf Augenhöhe mit RWE. Also, die Verhandlungspositionen sind als Umsiedler derart schlecht, dass sie immer am Ende schlucken müssen.

Sprecherin:

Peter Singer sitzt für die Fraktion Die Linke im Regionalrat der Bezirksregierung Köln. Die Probleme der Umsiedler kennt er durch seine Tätigkeit im Braunkohleausschuss.

O-Ton Peter Singer:

Leider auch immer wieder zu beobachten, dass ganze Ortschaften sich spalten. Der eine Teil unterschreibt schnell irgendwo, der andere nicht und es kommt zum Krach unter Familien, die da seit Jahrzehnten nebeneinander wohnten. Das ist RWE-Politik. Also, RWE muss Geld ausgeben für die Umsiedlung, Geld in die Hand nehmen. Und natürlicherweise wird sie alles versuchen, diesen Betrag so klein wie möglich zu halten.

O-Ton Michael Eyll-Vetter:

Umsiedlung ist natürlich ein Prozess, der in das Leben der Menschen eingreift wie kein anderer im Umfeld eines Tagebaus.

Sprecherin:

Michael Eyll-Vetter ist Leiter der Bergbauplanung bei RWE Power:

O-Ton Michael Eyll-Vetter:

Hier ist die ganz persönliche Betroffenheit der Umsiedler gegeben, die sehen wir, die erkennen wir auch an und da versuchen wir durch die sozialverträgliche Gestaltung der Umsiedlung auch alles zu tun, dass beispielsweise das Dorfleben erhalten wird und auch dass der Einzelne fair entschädigt wird und in der Lage ist, sein Leben gut weiterzuführen. Im Übrigen kann man dazu sagen, die Braunkohlegewinnung dient ja dazu, Versorgungssicherheit und das zu bezahlbaren Konditionen für die Stromversorgung der Bevölkerung und auch der Industrie beizutragen.

O-Ton Hans Josef Dederichs:

Man hat vor 25 Jahren verpasst, den Schalter umzulegen. Obwohl es die Zeichen gab, hat man immer hier in Nordrhein-Westfalen auf Kohle gesetzt, alte Verbundenheit, Bergmänner sind ja treu und weinen denn auch wenn ein Tagebau flach fällt. Der Tagebau ist ein politischer Entschluss, dessen Folgen wir zur Zeit ausbaden müssen.

Zitat RWE-Lehrfilm (Computerstimme): *„Hey, ich bin Antonia. Und ich erzähle euch was über Braunkohle.“*

Sprecherin:

„Braunkohle im rheinischen Revier“ heißt ein Lehrfilm für den Unterricht in den Klassen 5 und 6, produziert im Auftrag von RWE. Jahrelang wurde der Videofilm von RWE kostenlos im Internet angeboten. Ein etwa 14-Jähriges Mädchen, erzählt in diesem Film, dass sie in Niederaußem wohnt. Dort, wo RWE ein Braunkohlekraftwerk betreibt. Sie berichtet, dass ihr Opa aus dem Dorf Etzweiler kommt. Ein Ort, den es nicht mehr gibt – weil unter dem Dorf Kohle im Boden lag.

Zitat RWE-Lehrfilm (Computerstimme):

„Für Opa und die anderen Etzweiler wurde aber ein neues Dorf gebaut. Neu-Etzweiler. Opa hat da wirklich ein tolles Haus.“

Sprecherin:

Der Videofilm erklärt, wie Braunkohle entstanden ist. Und wie ein Braunkohle-Kraftwerk funktioniert. Dass Braunkohle allerdings beim Verbrennen besonders viel CO₂ produziert, davon erzählt Antonia nichts. Stattdessen sagt sie im Film:

Zitat RWE-Lehrfilm (Computerstimme):

„Viele Leute meinen, es gibt bessere Möglichkeiten, als Kohle-Energie zu gewinnen. Wind- oder Sonnenenergie zum Beispiel. Die schonen die Umwelt und gehen nie aus. Das finde ich eine wirklich gute Sache. Aber heute kann man mit diesen erneuerbaren Energien noch nicht so viel Strom erzeugen wie wir brauchen. Darum ist Kohle immer noch sehr wichtig. Ich jedenfalls möchte nicht ohne Computer, Licht und Fernseher und so leben.“

20/34

Zitator:

„Immer mehr Unternehmen (...) engagieren sich in sozialer Hinsicht. Die Möglichkeiten (...) reichen von Kultursponsoring bis hin zum Aufbau von schulischen Einrichtungen (...) Dieses soziale Engagement ist ein wichtiges Argument in der politischen Kommunikation.“

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

Sprecherin:

Inzwischen hat RWE seine Webseite für Schüler, Auszubildende und Lehrkräfte neu gestaltet. Sie heißt jetzt 3malE. Wobei E für Energie steht. Der Braunkohle-Videofilm mit Antonia ist dort nicht mehr zu finden. Stattdessen bietet RWE Unterrichtsmaterialien zum kostenlosen Download an. Unter anderem eine Unterrichtsbroschüre für die Jahrgangsstufen 10 bis 12:

Zitator:

„Braunkohle im Energiemix“.

Sprecherin:

Mitherausgeber der Broschüre ist der Bundesverband Braunkohle. Gesamtauflage: 49.000. Themen sind die Energiereserven der Welt, der Strombedarf in Deutschland und das Energiekonzept der Bundesregierung.

Die Bielefelder Professorin Bettina Zurstrassen untersucht seit Jahren Lehrmaterialien, die von Unternehmen, Vereinen oder Stiftungen kostenlos im Internet angeboten werden. Sie sagt über die Broschüre „Braunkohle im Energiemix“:

O-Ton Bettina Zurstrassen:

Man muss sie aber auch kritisch lesen, weil dort z.B. die Behauptung aufgestellt wird, dass für Braunkohle keine Subventionen fließen. Es gibt eine Vielzahl von Studien, die aber das zumindest kritisch betrachten. Wie z.B. die Studie des Forums für ökologische-soziale Marktwirtschaft.

Sprecherin:

Laut dieser Studie profitierte die Braunkohle-Branche allein im Jahr 2015 von folgenden Subventionen:

Zitator:

Forschungsförderung: 10,8 Millionen Euro. Befreiung von Wasserentnahme-Entgelten: 22,5 Millionen Euro. Energiesteuervergünstigung: 1,3 Milliarden Euro.

O-Ton Bettina Zurstrassen:

Die Broschüre ist ein Werbeinstrument und ein lobbypolitisches Instrument. Und entsprechend werden die Sachverhalte nicht differenziert dargestellt, sondern aus der Perspektive von RWE beziehungsweise der Braunkohle-Wirtschaft dann insgesamt.

Sprecherin:

Was sagt der Bundesverband Braunkohle zu dieser Kritik? Pressesprecher Uwe Maaßen antwortet schriftlich. Er rechtfertigt die Aussage, Braunkohle komme ohne Subventionen aus:

Zitator:

„In den Subventionsberichten der Bundesregierung (...) wird immer wieder die Subventionsfreiheit der Braunkohleindustrie bestätigt.“

Sprecherin:

RWE ist auch als Sponsor an Schulen präsent. Der Konzern unterhält zudem enge Kontakte zu 20 Schulen im Rheinischen Revier, mit einigen hat er eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen:

Zitator:

„Neben konkreter Hilfe in der unterrichtlichen Arbeit der Schule sollen die Schülerinnen und Schüler Einblicke in die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle sowie in die Verstromung erhalten. Darüber hinaus soll den Schülerinnen und Schülern die Bedeutung und der Nutzen dieser Industrie für die Gesellschaft (...) verdeutlicht werden.“

O-Ton Bettina Zurstrassen:

Das ist der Versuch, Einfluss zu nehmen auf die staatlichen Bildungspläne. Und das ist insofern problematisch, weil nun nicht mehr nach den Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gefragt wird, sondern die Interessen der Unternehmen jetzt zum Kriterium werden für die Entwicklung von Bildungsplänen.

Sprecherin:

RWE weist die Vorwürfe in einer schriftlichen Stellungnahme zurück:

Zitator:

„Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Verantwortlichen in den Schulen (...) das Angebot von Unterrichtsfilmen, schriftlichen Unterlagen, Fortbildungen und Betriebsführungen zu schätzen wissen (...) Mit 3malE greifen wir (...) Anregungen nach einem Energieunterricht auf, der naturwissenschaftlich-technische Grundlagen mit ökonomischen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Aspekten verzahnt“.

Sprecherin:

Januar 2016 im Hambacher Forst. Die Rodungen nähern sich dem Teil des Waldes, in dem die Besetzer leben.

O-Ton Maya:

Es waren drei Leute im Gefängnis zwischenzeitig, und außerdem waren manche Leute ausgebrannt oder krank, deswegen konnten wir leider nur dürtig ihnen etwas entgegen setzen, dass sie die Bäume fällen.

Sprecherin:

Maya sitzt auf einem alten Sofa vor der Küche auf der sogenannten Wiese, dem Basislager der Besetzer. Farbige bemalte Wohnwagen und Lehmbauten bilden ein kleines Dorf. Zweihundert Meter weiter, auf einem Weg am Waldrand, parken zwei weiße Jeeps eines von RWE beauftragten Security-Dienstes. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen mit den Besetzern.

O-Ton Maya:

Tendenziell wurden wir bisher schon häufiger wirklich verletzt als die, jetzt grade sind 3 Personen im Knast, die alle von Securities schwer misshandelt wurden, die eine Person hat eine gebrochene Nase, und fehlen paar Zähne, jemand anderes hat ne Platzwunde am Kopf gehabt, wieder jemand anderes, wurde das Handgelenk gebrochen und hat ein blutunterlaufenes Auge, solche Sachen.

Sprecherin:

Mehrere Hundert Anzeigen gab es nach Auskunft der Polizei Aachen seit 2012 gegen die Waldbesetzer. Wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder Körperverletzung. Dass auch gegen Mitarbeiter der Security-Dienste ermittelt wurde, ist nicht bekannt. Rechtsanwalt Christian Mertens aus Köln vertritt viele Aktivisten aus dem Hambacher Forst vor Gericht.

24/34

O-Ton RA Mertens:

Es gibt ganz eklatante Beispiele, es ist mir in einem Verfahren passiert, dass zwei Besetzer von mehreren RWE-Mitarbeitern festgenommen worden sind, zum Auto gezerrt worden sind und der eine, das steht dann tatsächlich in der Akte, zufällig gegen eine Tür des LKWs gelaufen ist. Das muss man sich mal vorstellen. Also der junge Mann hat jetzt, ich meine, zwei Schneidezähne weniger. Dafür wird dann kein RWE-Mitarbeiter bestraft. Also es sind ja keine RWE-Mitarbeiter, es sind ja meist irgendwelche angeheuerten Wachdienste. Man geht automatisch davon aus, wann immer die Aktivisten etwas sagen, was nicht mit dem übereinstimmt, was die RWE-Mitarbeiter oder Polizisten sagen, dass die Aktivisten lügen.

Sprecherin:

Die Polizei berichtet von zunehmenden gezielten Angriffen mit Steinschleudern und Brandsätzen auf Mitarbeiter von RWE, Subunternehmer und Polizisten.

O-Ton Guido van den Berg, MdL SPD (Ausschnitt aus Rede im Landtag, gehalten am 11. Mai 2016):

„Das ist eine anarchisch organisierte Szene, die hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun. Die hat mit demokratischen Institutionen nichts zu tun.“

Sprecherin:

Sagt Guido van den Berg, Abgeordneter der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag. Die Menschen, die im Wiesencamp wohnen, sind nicht immer dieselben. Einige leben seit Jahren im Wald, andere bleiben nur für ein paar Wochen oder Monate. Über die Methoden, den Betrieb im Tagebau zu stören, gibt es keinen Konsens.

O-Ton Maya:

Aus meiner persönlichen Einschätzung, und ich bin ja jetzt schon seit knapp 3 Jahren hier, ich kann nicht für alle reden, aber legen die meisten Menschen schon Wert

25/34

darauf, keine Lebewesen zu verletzen, es gehört eigentlich mit in dieses Konzept dazu, von den meisten. Die Schleudern, das ist auch so eine persönliche Sache, manche Leute haben sie wohl auch schon benutzt, um in die Richtung von Arbeitern z.B. zu schießen, weil das natürlich ein ganz klares Zeichen ist, he, ihr müsst hier weg gehen. Aber damit kann man jetzt noch niemanden so richtig ernsthaft verletzen.

O-Ton Clumsy:

Ich weiß nicht, wie das mit Molotov-Cocktails ist. Ich habe noch keine geworfen. Und ich kenne auch niemanden hier, der welche wirft. Wenn Leute auf irgendwie unbesetzte Fahrzeuge Molotov-Cocktails werfen, geht das für mich auch noch in Ordnung.

Sprecherin:

Zum Ende der Rodungssaison im Januar 2016 eskalieren die Auseinandersetzungen. Die Lokalzeit Köln des WDR-Fernsehens berichtet am 25. Januar 2016:

O-Ton Lokalzeit Köln, 25. Januar 2016:

Nachdem auf dieser Brücke ein Streit zwischen Umweltaktivisten und RWE-Mitarbeitern eskaliert war, haben beide Seiten jetzt Strafanzeige gestellt. In einer davon wird RWE mehrfacher versuchter Mord vorgeworfen. Während einer Protestaktion gegen die Rodung des Hambacher Forstes soll ein solcher Geländewagen des Unternehmens gezielt auf Umweltaktivisten zugehalten haben. Dabei sei ein Demonstrant verletzt worden. RWE schildert den Vorfall anders. Bei der Räumung einer Barrikade seien zunächst Steine geflogen. Daraufhin habe sich der Fahrer des Geländewagens in Sicherheit bringen wollen. RWE als Eigentümerin des Waldes hat die Demonstranten wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch angezeigt.

O-Ton Maya:

Und da ist dann ein Security in diesen weißen Jeep gestiegen und hat zu seinen Kollegen gerufen: geht weg, geht weg, ich fahr die über. Ich hab dann gesehen, wie er da eingestiegen ist und so den Kopf runtergemacht hat, und ist einfach so richtig schnell losgefahren, erst auf die Leute auf der linken Seite zu und dann auf die Leute auf der rechten Seite zu. Wir auf der linken Seite konnten ausweichen, die auf der rechten Seite, da sind zwei Leute ziemlich übel angefahren worden.

26/34

Sprecherin:

Ein Handy-Video zeigt aus weiter Entfernung, wie ein weißer Jeep auf zwei Menschen zufährt und diese daraufhin fallen. Einer der vom Jeep erfassten Aktivisten wird festgenommen. Vier Wochen lang sitzt er in Untersuchungshaft. Die Anklage lautet Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung. Er soll einen Stein in Richtung der Windschutzscheibe des Autos geworfen und mit Pfefferspray einen Security-Mitarbeiter verletzt haben. Rechtsanwalt Christian Mertens hat die Verteidigung des Aktivisten übernommen.

O-Ton RA Mertens:

Der Fall ist insoweit besonders, hat zwei Besonderheiten, erstens ist er, wenn auch aus einiger Entfernung, aber doch live gefilmt worden und zweitens ist es so, dass hier derjenige, der verletzt worden ist, nämlich der Aktivist, am Ende derjenige war, der in Untersuchungshaft gelandet ist. Und ich formulier's mal ganz vorsichtig so: wenn ein Aktivist hinter dem Steuer des Fahrzeugs gesessen hätte und ein RWE-Mitarbeiter von dem Auto getroffen worden wäre, dann wäre mit Sicherheit nicht der RWE-Mitarbeiter in Untersuchungshaft gelandet.

Sprecherin:

Michael Eyll-Vetter, Leiter der Bergbauplanung bei RWE Power, äußert sich zu dem Vorfall.

O-Ton Michael Eyll-Vetter:

Wir haben natürlich großes Interesse solche Vorwürfe aufzuklären und hier ist die ganz klare Aussage der Staatsanwaltschaft, die diesen Fall untersucht hat, dass an den Vorwürfen nichts dran ist. Dies ist bestätigt worden und das ist für uns auch ganz wichtig.

Sprecherin:

27/34

Doch die Staatsanwaltschaft Aachen bestreitet dies in einer schriftlichen Stellungnahme:

Zitator:

„Die angebliche Aussage der Staatsanwaltschaft ist nicht getätigt worden. (...) Die Auswertung des Videomaterials hat zu keinem ergiebigen Beweisergebnis führen können und die Ermittlungen dauern insoweit noch an.“

Sprecherin:

Bedburg, eine Kleinstadt mit 25.000 Einwohnern, etwa 40 Kilometer westlich von Köln. Wer auf der St.-Rochus-Straße steht, sieht die gewaltigen Kühltürme des Braunkohlekraftwerks Neurath. Der Tagebau Garzweiler liegt vor der Haustür. Wir sind im Herzen des Rheinischen Reviers.

O-Ton Guido van den Berg:

Ist immer noch der größte Arbeitgeber für die Stadt, muss man sagen. Also ein Drittel der Arbeitnehmer hängen direkt oder indirekt immer noch mit dem Bergbau und der Kraftwerkswirtschaft zusammen. Deswegen ist das ein Thema, das die Menschen beschäftigt.

Sprecherin:

Guido van den Berg, Landtagsabgeordneter der SPD, wohnt in Bedburg. Im Rhein-Erft-Kreis liegt sein Wahlkreis. Bei seinem Stadtrundgang trifft er gefühlt alle Hundert Meter Bekannte, Nachbarn, Parteifreunde. Auf dem Bürgersteig gegenüber vom Rathaus steht ein rot-lackierter, schlanker Kasten.

O-Ton Guido van den Berg:

Hier sehen wir einen Bücherschrank, den RWE hier mitten in die Einkaufsstraße hineingesetzt hat, gemeinsam mit der Stadt Bedburg. Hier kann man Bücher reinstellen. Und selber rausnehmen. Auf diese Weise Tauschbörse betreiben.

O-Ton Autor:

Wieviel hat denn RWE hier springen lassen?

O-Ton Guido van den Berg:

Ich glaube, 3.000 Euro. So in der Kante wird es gewesen sein. Ich finde, das ist wirklich einer der Bücherschränke, der funktioniert. Wenn ich hier dran vorbeifahre, sehe ich fast immer Leute, die die Tür öffnen oder mal gucken oder was rein- oder rausholen.

Sprecherin:

Vor dem Eiscafé sitzen drei ältere Damen. Schnell sind wir im Gespräch. Die Energiewende, der Sparkurs von RWE, der Arbeitsplatzabbau – all das macht ihnen Sorge.

O-Ton Frau vor dem Eiscafé:

Unsere Männer sind ja schon lange dabei. Die haben ihre Jahre gehabt. Aber die jungen Menschen. Was die für Einschränkungen haben. Was die alles wegfallen lassen. Die Sonntage, die Schicht-Zulage. Und was alles ist. Noch geht es uns ja gut. Aber ich denk, wenn wir erstmal zehn Jahre weiter sind, dann sehen wir erstmal, was wir verloren haben. Das kommt noch.

Sprecherin:

Wir überqueren die Straße, lassen den Autoverkehr hinter uns. Und erreichen den Bedburger Stadtteil Alt-Kaster.

O-Ton Guido van den Berg:

Wir sind durchs Stadttor gegangen. Nach Alt-Kaster hinein. Ein wunderschönes Städtchen. Eines der schönsten mittelalterlichen Ensembles, die wir im Rheinland haben. Ist 1956 vom Tagebau verschont geblieben. Sollte ursprünglich abgebaggert werden. War einer der ersten Proteste damals. Wo die Leute gesagt haben: man, das ist so ne tolle mittelalterliche Kulisse. Die man ganz selten noch vorfindet. Bitte, lasst das stehen. Und das war erfolgreich. Dann ist der Tagebau wirklich einmal um den Ort herumgeschwenkt. Die hatten zeitweise von drei Seiten Bergbaubetrieb.

Sprecherin:

Für Guido van den Berg gilt: Wenn heute Menschen gegen Dorfzerstörungen, Umsiedlung und Tagebau kämpfen, findet das eher nicht seine Zustimmung. Dennoch lobt er die im Juli 2016 getroffene Leitentscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Die schreibt fest, dass der Tagebau Garzweiler verkleinert wird. Umweltschützer kritisieren jedoch, dass lediglich 15 Prozent der rheinischen Braunkohle im Boden bleiben und nicht verfeuert werden sollen. Sie fordern, dass 75 Prozent der Braunkohle in der Erde bleiben müssen. Sonst seien die deutschen Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Guido van den Berg widerspricht:

O-Ton Guido van den Berg:

Ich weise daraufhin, dass wir bis 2030 hier in diesem rheinischen Braunkohlerevier 50 bis 60% weniger CO2 ausstoßen werden, durch das, was wir jetzt beschlossen haben. Kraftwerke vom Netz nehmen und dadurch auch Braunkohleförderung reduzieren. Das ist ein bedeutender Sparanteil. Den liefern andere Bereiche nicht. Gucken sie nach Wohnen, gucken sie in den Verkehrsbereich. Da werden Beiträge nicht geliefert. Ich glaube, man führt Klimaschutzdebatten falsch, wenn man nur auf Braunkohle das ganze reduziert. Dann führt man Brüche herbei, die am Schluss verantwortungslos sind.

Zitator:

„Artikulieren Sie ehrlich die eigenen Interessen, arbeiten Sie aber auch Schnittmengen mit Interessen der Allgemeinheit heraus!

Aus dem „Handbuch des deutschen Lobbyisten“.

30/34

Sprecherin:

Anfang Juli sorgt eine internationale Studie, an der auch der Umweltverband WWF beteiligt war, für Schlagzeilen. Deren Autoren berichten: Durch Europas Kohlekraftwerke starben allein im Jahr 2013 etwa 22.900 Menschen. Als Ursache nennt die Studie giftige Partikel im Feinstaub. Deutsche Kohlekraftwerke waren für 2.500 Todesfälle verantwortlich. Außerdem verursachten die Kohlemeiler im Untersuchungszeitraum von 12 Monaten rund 11.800 Fälle von chronischer Bronchitis.

O-Ton Guido van den Berg:

Ja, man muss aufpassen, dass man in Deutschland keine Panikmache betreibt. Natürlich wissen wir, dass bei Verbrennungsprozessen auch Schadstoffe freigesetzt werden. Und sie können natürlich immer durch mathematische Verfahren hochrechnen, wie viel theoretische Todes-Äquivalente das sind. Was aber mitnichten heißt, dass es auch wirklich Todesfälle sind. Das ist das Problem. Genauso können sie auch errechnen, wieviel tote es durch die Produktion eines Autos gibt.

Zitator:

„Mutmaßliche Brandstiftung. Betrieb des Tagebaus Hambach beeinträchtigt. Am Sonntag, 24. April, ist um 3.35 Uhr an der Stromhauptinspeisung des Tagebaus Hambach ein Brand bemerkt und bald darauf von der Werkfeuerwehr gelöscht worden. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Kabeltrasse mit zahlreichen 30.000-Volt-Leitungen wurde auf mehreren Metern Länge fast vollständig zerstört. Dadurch wurde die Energieversorgung der Betriebsanlagen zeitweise unterbrochen.“

Sprecherin:

Eine Meldung von Hambach TV, dem RWE-internen Informationsprogramm für die Beschäftigten.

O-Ton Guido Steffen, RWE:

Dieser Anschlag war eine neue Stufe der Gewalt gegen den Tagebau, gegen die Braunkohle. Unsere Leute sind durch die Bank bestürzt und entsetzt über dieses Ausmaß an Gewalttätigkeit. Was sich da seit etlichen Monaten zeigt. Das ist Gewalt, für die sie kein Verständnis haben. Das ist Gewalt, von der sie sich auch bedroht fühlen. Vor allem dann, wenn sie im Tagebauvorfeld zu tun haben. Der Schaden hat sich im sechsstelligen Bereich bewegt.

Sprecherin:

Obwohl die Polizei keine Hinweise auf die Täter hat, wird der Anschlag in den Medien im Zusammenhang mit den Aktivisten des Hambacher Forstes gebracht.

O-Ton Maya:

Irgendwie wird bei jeder Aktion, allem was hier so passiert davon ausgegangen, dass es mit uns zu tun hat. Das ist auch nachvollziehbar, weil wir halt sichtbar sind. Aber ich meine, man muss immer davon ausgehen, dass wir nicht die einzigen sind, die hier Aktionen machen.

Sprecherin:

Wolfgang Spelthahn ist CDU-Politiker und Landrat des Kreises Düren. Er war Jahrelang im Aufsichtsrat von RWE. Als Landrat ist er auch Chef der Dürener Polizei und zum Zeitpunkt der Vorfälle für den Hambacher Forst zuständig.

O-Ton Landrat Wolfgang Spelthahn:

In diesem Jahr waren die Auseinandersetzungen heftiger, wir hatten deutlich mehr Straftaten. Das liegt sicherlich daran, weil die Stimmung zugespitzt ist, auch immer mehr Bevölkerungskreise in die Diskussion mit eintreten: wie sinnhaft ist der Abbau fossiler Brennstoffe in dieser Zeit noch? Da spielt sicherlich auch der Klimagipfel in Paris eine entscheidende Rolle. Und insofern mischen sich die Themen Zukunft unserer Energielandschaft insgesamt mit der besonderen Frage: kann man vor dem Hintergrund noch weitere Rodungsarbeiten vertreten?

Sprecherin:

Landrat Spelthahn und Bruno Voß, Vorsitzender der Dürener Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, lancieren im Januar 2016 die Idee von einem Friedensplan für den Hambacher Forst über die Presse. Ein Bündnis von Bürgerinitiativen, regionalen Politikern und kirchlichen Institutionen gründet sich daraufhin, um die Idee weiterzuentwickeln. Mit dabei: die Bürgerinitiative Buirer für Buir. Antje Grothus gehört seit Jahren zu den Unterstützern der Waldbesetzer.

O-Ton Antje Grothus:

Ich möchte nicht, dass Menschen an Leib und Leben zu Schaden kommen. Aber es muss eben auch darum gehen, einfach mal eine Denkpause zu haben, wie's hier mit dem Wald auch weiter gehen soll. RWE geht es ja wirtschaftlich sehr schlecht und es ist ohnehin die Frage, wie lang das hier noch weiter gehen muss und da muss RWE nicht in den letzten ein, zwei Jahren seiner Existenz auch noch diesen wundervollen Wald komplett vernichten.

Sprecherin:

In einem in Düren verabschiedeten Papier wendet sich das Bündnis öffentlich an RWE und erklärt die Bereitschaft zu Sondierungsgesprächen bezüglich eines Friedensplans. Das Bündnis formuliert zwei Grundvoraussetzungen, damit Gespräche stattfinden können:

1. ein mindestens einjähriges Moratorium für alle Baumfällarbeiten im Hambacher Forst und
2. die grundsätzliche Bereitschaft des Unternehmens, an den Abbauplänen und –grenzen des Tagebaus etwas zu ändern.

O-Ton Michael Eyll-Vetter:

Wichtigste Bedingung ist, dass auf Gewalt jeglicher Art verzichtet wird. So gehen wir in diese Gespräche herein.

Sprecherin:

Michael Eyll-Vetter, Leiter der Bergbauplanung bei RWE Power.

O-Ton Michael Eyll-Vetter:

Der Tagebau Hambach ist nun einmal, um sich planmäßig weiter entwickeln zu können, mit der Rodung des Hambacher Forstes verbunden. Und diese Genehmigungen sind von der Landesregierung bestätigt worden, insofern da gibt es kein Verhandlungspotenzial.

O-Ton Landrat Wolfgang Spelthahn:

Wer die Energiewende will und glaubhaft für diese eintreten will der muss auch bereit sein, vermeintlich unpopuläre Entscheidungen zu treffen und für diese dann einzustehen und unpopulär in unserer Region ist sicherlich, alte Planungen in Frage zu stellen. Und ich bin optimistisch, dass uns das gelingen kann, wenn jeder auf seiner Ebene seiner Verantwortung da gerecht wird.

ABSAGE